

schläge über weitere Maßnahmen zur Erhöhung des gegenseitigen Vertrauens die Frage der militärischen Entspannung in Europa einer Lösung näherbringen können.

Die Initiativen, die in der Hauptstadt der DDR, Berlin, verkündet wurden, bieten die Möglichkeit, den Weg des Friedens zu wählen. Alle, die für die Geschicke ihrer Völker einzustehen haben, müssen entscheiden, ob sie den Weg des Wettrüstens, des Strebens nach militärischer Überlegenheit fortsetzen oder den Weg des Vertrauens, der allmählichen Minderung der militärischen Konfrontation wählen, ohne die eine dauerhafte Entspannung nicht möglich ist. Wer solch ein lebenswichtiges Angebot ausschlägt, muß dafür vor den Völkern die Verantwortung tragen. Es ist nunmehr an den Staaten der NATO, darunter der BRD, ihr Wort zu realen Schritten der militärischen Entspannung glaubhaft zu machen.

Die DDR hat an der Seite ihrer Verbündeten im Warschauer Vertrag nicht wenige Anstrengungen unternommen, um Europa aus einem Kontinent der Spannungen und Kriege in eine Region stabilen Friedens und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zu verwandeln. In diesem Sinne bekräftigen das Politbüro und der Ministerrat die Bereitschaft der DDR, für weitere Fortschritte zur Sicherung des Friedens und zur Abrüstung zu wirken.

Die Völker erwarten, daß die Reaktion auf diese neuen, gewichtigen wie weitreichenden Abrüstungs- und Friedensvorschläge von der Sorge um den Frieden bestimmt wird. Die Völker Europas und der Welt brauchen keine Langzeitprogramme des Wettrüstens, keine neuen Raketen. Sie benötigen - wie es sozialistische Friedenspolitik erstrebt - Garantien dafür, daß die Früchte ihrer friedlichen Arbeit nicht zerstört werden. Erneut sprechen sich das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR dafür aus, zur umfassenden Erörterung von Maßnahmen der militärischen Entspannung eine gesamteuropäische Konferenz auf politischer Ebene einzuberufen. Es ist an der Zeit, daß alle Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa jetzt gemeinsam mit ihrer multilateralen Vorbereitung beginnen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird im engen Bündnis und Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auch künftig keine Mühe scheuen, um mitzuhelfen, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges abzuwenden und einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Beschluß vom 17. Oktober 1979